

ParlamentarierInnen im NordSüdDialog



Oriel Chemane, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im mosambikanischen Parlament, besucht im Rahmen seines On-the-job-Trainings im österreichischen Parlament auch die Demokratiewerkstatt.

Inhalt

No. 29 / Dezember 2013

- 2 Der Parlamentarische NordSüdDialog geht in die vierte Phase
- 3 Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zum Projekt
- 4 Trilaterale Kooperation im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
- 5 Kommentar von Oriel Chemane, mosambikanisches Parlament
- 6 Land Grabbing in Mosambik – Hunger auf dem Holzweg
Gastbeitrag von Brigitte Reisenberger, FIAN Österreich
- 7 Nachhaltige Agrar-Investitionen in Afrika – Chancen und Risiken
Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor MDG (Millenium Development Goals)
- 8 Frauenhandel und Zwangsprostitution
Gastbeitrag von Nadja Schuster, VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation)
- 9 Konferenz zur Eliminierung der weiblichen Genitalverstümmelung, 22. bis 25. Oktober in Rom
Beitrag von Petra Bayr, AWEPA Senior Parliamentary Advisor FGM (Female Genitale Mutilation)
- 10 AWEPA Sektion Österreich – Aktivitäten in der Sitzungsperiode 2012/13
- 12 Zahlen, Daten, Hintergründe

Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Gerade die letzten Wochen haben uns wieder die Verletzlichkeit unseres Planeten vor Augen geführt. Naturkatastrophen und Konflikte verschiedenster Art müssten uns zu intensiver Zusammenarbeit zur Lösung dieser Probleme zwingen. Leider ist das Bewusstsein dafür noch zu wenig ausgeprägt. Es gilt daher, dass wir alle, aber besonders jene, die – wie Sie – besondere Verantwortung tragen, die Anstrengung für eine gerechtere und für nachfolgende Generation lebenswerte Welt erhöhen. Wir werden die Situation verzweifelter Flüchtlinge auf Dauer nicht mit Mauern und Zäunen lösen, sondern nur dadurch, dass wir die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern. Stabile und gute Regierung sind dabei nur ein Teil der Lösung, gute wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit auf Basis von Rechtssicherheit und Sorge um die Umwelt ein weiterer. Dazu ist eine kontinentübergreifende Zusammenarbeit wie sie das Österreichische Parlament mit dem NordSüdDialog gestartet hat und erfolgreich seit 7 Jahren betreibt ein möglicher Mosaikstein. Auch die Zusammenarbeit in der AWEPA hat sich gut etabliert. Für mich selbst war die Mitarbeit in dieser Organisation herausfordernd aber auch mit Erfüllung verbunden. Die Zusammenarbeit mit KollegInnen unserer Partnerländer ist eine Bereicherung für beide Seiten.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass sowohl der NordSüdDialog wie auch die Arbeit in der AWEPA noch intensiver werden und somit dazu beitragen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Als scheidender Kollege wünsche ich Ihnen dazu Mut, Kraft und Ausdauer.

Ihr NR a. D. Franz Glaser

Der Parlamentarische NordSüdDialog geht in die vierte Phase

Die erfolgreiche Zusammenarbeit des österreichischen Parlaments mit der Assembleia da República von Mosambik und die Kooperation mit dem portugiesischen Parlament werden prolongiert.

Das im Jahr 2006 initiierte **Projekt Parlamentarischer NordSüdDialog** wird in den **nächsten drei Jahren (2013-2016)** in einer trilateralen Kooperation fortgeführt. Im Fokus stehen seit Beginn des Projektes die **Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung von kohärenter Politik im Dienste der Entwicklung in Österreich** (Policy Coherence for Development), sowie die **Stärkung des mosambikanischen Partnerparlaments als Beitrag zu Good Governance** in Mosambik.

Bei Abgeordneten und MitarbeiterInnen des österreichischen Parlaments konnte Interesse an einem breiten Spektrum von Inhalten der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) geweckt und dadurch die Bereitschaft erhöht werden, sich für einen lebendigen NordSüdDialog einzusetzen. **EZA ist keine isolierte Aufgabe eines einzigen Politikbereiches.** Um sie effizient gestalten zu können, muss bei allen politischen als auch legislativen Maßnahmen auf deren entwicklungspolitische Wirkung geachtet werden.

Das mosambikanische Partnerparlament

Friede, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Grundvoraussetzungen für jede soziale und wirtschaftliche Entwicklung. In Mosambik, wo bis 1992 Bürgerkrieg herrschte, sind diese Werte junge Errungenschaften, die es zu festigen gilt. Ein funktionierender und aktiver Parlamentarismus spielt in diesem Prozess eine wichtige Rolle, benötigt jedoch entsprechendes Know-how der Abgeordneten und MitarbeiterInnen und eine adäqua-

te technische und administrative Befähigung und Ausstattung des Parlaments.

In den vergangenen Projektphasen konnte das mosambikanische Parlament technisch-infrastrukturell, wie auch hinsichtlich der Kapazitätenentwicklung von MitarbeiterInnen maßgeblich unterstützt werden. In mehreren Arbeitsbesuchen und Workshops in Wien und Maputo wurden Teilaspekte der Bereiche IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien) und Öffentlichkeitsarbeit evaluiert und Strategiepläne mit entsprechenden fördernden Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Dies bleibt auch in der neuen Projektphase ein Kerninhalt des NordSüdDialogs.

AWEPA

In seinen Aktivitäten korrespondiert der Parlamentarische NordSüdDialog mit den Zielsetzungen von **AWEPA (Association of European Parliamentarians with Africa)**, einer 1984 gegründeten Organisation, in der sich europäische ParlamentarierInnen für die Stärkung von Demokratie und Parlamentarismus in den afrikanischen Nationalstaaten einsetzen. **Die Institution des Parlaments wird als Brücke zwischen Regierung und Gesellschaft verstanden.** Durch den Aufbau regionaler Kooperationen, Investitionen in Konfliktprävention und friedensbildende Maßnahmen, sowie der Entwicklung von Humankapital wird Good Governance gefördert. Es ist ein erfreuliches Resultat des Parlamentarischen NordSüdDialogs, dass die österreichische AWEPA-Sektion in den vergangenen Jahren nicht nur auf mehr als 100 Mitglieder angewachsen



Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf die letzten Jahre zurückblickend hat sich das Projekt „Parlamentarischer NordSüdDialog“ in der Zusammenarbeit mit der Assembleia da República in Mosambik vom namensgebenden Dialog hin zu einer bilateralen Partnerschaft weiterentwickelt. So konnte die Erarbeitung einer IT-Strategie zur effizienten Nutzung moderner Kommunikations- und Informatiktools maßgeblich unterstützt und damit den KollegInnen in Mosambik die Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Gesetzgebung und Kontrolle erleichtert werden. Eine weitere Säule der Kooperation ist die Erarbeitung von Strategien, das mosambikanische Parlament für seine BürgerInnen zu öffnen und damit Demokratie erlebbar und begreifbar zu machen. Auch die themenspezifische Arbeit österreichischer Abge-

ordneter gestaltet sich erfreulicherweise zunehmend interaktiv; hier ist es vor allem eine aktive AWEPA-Gruppe, die entwicklungspolitische Themen aufgreift, mit anderen Stakeholdern diskutiert und die Aufgaben von Abgeordneten in diesen Bereichen beleuchtet und zu Recht auch vehement einfordert. Österreichische Mandatäre sind mittlerweile oft und gerne nachgefragte AkteurInnen bei internationalen Tagungen und Konferenzen und bringen ihre Expertise vor allem in den Bereichen (post)-MDGs, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Landwirtschaft ein.

Ich bin überzeugt, dass erfolgreiche Entwicklungspolitik langfristige Zusammenarbeit braucht, die Partnerschaft als gegenseitige Verantwortung versteht und freue mich daher sehr, dass es in der laufenden Projektphase des parlamentarischen NordSüdDialogs in der Partnerschaft mit Mosambik zu einer verstärkten Implementierung der in den Konzepten ausgearbeiteten Aktivitäten kommen wird.

Gerne unterstütze ich auch in dieser Legislaturperiode die Bemühungen des Projektes, mit seinen Informationen und Veranstaltungen das entwicklungspolitische Bewusstsein der Nationalratsabgeordneten und Bundesratsmitglieder weiterzuentwickeln; angesprochen sollen sich davon nicht nur diejenigen fühlen,

deren Ausschusszugehörigkeiten direkte Befassung mit dem Thema nahelegen; vielmehr wäre ein Konsens wünschenswert, dass Entwicklungspolitik nicht nur auf der Finanzierung von entwicklungspolitischen Projekten und Budgets basiert, sondern dass von der Landwirtschafts- über die Bildungspolitik bis hin zu den internationalen Welthandelsregeln Kohärenz in allen Politikbereichen notwendig ist. Nur durch dieses Bewusstsein für entwicklungspolitische Verantwortung in allen Politikbereichen kann langfristig eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern gelingen.

Dafür benötigen wir eine differenzierte Sichtweise, die auf ausreichend Informationen basiert, um der großen Verantwortung gerecht zu werden, die richtigen politischen Entscheidungen im Interesse von nachhaltigen Entwicklungschancen für die Menschen im Süden durchzusetzen und andererseits einen effizienten Mitteleinsatz dafür zu garantieren.

In diesem Sinne gilt mein Dank der ADA für die Förderung des Projektes und allen Menschen, die dieses Projekt so engagiert tragen.

Weiterhin viel Erfolg wünscht

Barbara Prammer
Präsidentin des Nationalrates

Foto:
© Parlamentsdirektion/
WILKE

ist, sondern dass sie auch als eine der aktivsten Sektionen innerhalb der AWEPA gilt. Die beiden Abgeordneten **Petra Bayr** und **Wolfgang Pirkhuber** wurden zudem zu **AWEPA Senior Parliamentary Advisors** in den Bereichen FGM (Female Genitale Mutilation) respektive MDGs (MillenniumDevelopmentGoals) ernannt.

Ausblick

Die Zielsetzungen des Parlamentarischen NordSüdDialogs für die kommenden drei Projektjahre sind einerseits die noch stärkere **Etablierung des österreichischen Parlaments als Diskussionsplattform für den entwicklungspolitischen Dialog in Österreich**. Durch Newsletter

(Print und elektronisch) sollen auch weiterhin die Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlaments aktuelle Informationen zu EZA erhalten. Bei Veranstaltungen werden österreichische und internationale ExpertInnen eingeladen, gemeinsam mit Abgeordneten und befassten österreichischen Stakeholdern Themen zu diskutieren. Ziel ist es, möglichst viele Sichtweisen einzubinden, Inkohärenzen aufzudecken und Lösungsansätze zu suchen.

Andererseits steht die **weitere Unterstützung des mosambikanischen Parlaments hinsichtlich der Öffnung für seine BürgerInnen sowie der Verbesserung seiner**

administrativen und fachlichen Performance im Mittelpunkt. Die bisher gemeinsam entwickelten Tools in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit sowie IKT sollen nun implementiert werden. Konkret sind ein „Tag der offenen Tür“ und Führungen für Schulklassen geplant. Im IKT-Bereich wird die im Vorgängerprojekt erstellte Strategie in einer trilateralen Kooperation mit dem portugiesischen Parlament umgesetzt. „On the job trainings“ der IT MitarbeiterInnen in ihren Fachbereichen durch die KollegInnen aus Portugal oder die Installationen von neuen Servern und Applikationen sind einige der Maßnahmen.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Trilaterale Kooperation im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Mit Beginn der neuen Projektphase des Parlamentarischen NordSüdDialogs erweitert sich die bilaterale in eine trilaterale Kooperation im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im mosambikanischen Parlament, Herr Oriël Chemane, war drei Wochen lang zu einem Training im österreichischen Parlament. Marlene Viegas, eine Mitarbeiterin der Öffentlichkeitsabteilung des portugiesischen Parlaments, kam für ein trilaterales Treffen rund um den Tag der offenen Tür am 26. Oktober ebenfalls nach Österreich.

Ein Ziel dieser Kooperation ist **Parlamentsführungen von Schulklassen** als fixes Instrument der demokratiepolitischen Bildung im Rahmen des Unterrichts für Kinder und Jugendliche in und rund um Maputo zu gewährleisten. Der Fokus auf die demokratiepolitische Bildung von Kindern und Jugendlichen in Mosambik ist wichtig, da aktuell 43 % der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist¹. Kinder und Jugendliche sollen – analog zu ihren KollegInnen in Österreich und Portugal – hautnah erfahren, welche Aufgaben ein Parlament hat und wie Gesetze entstehen. Ebenfalls analog zum österreichischen Ansatz sollen sie die Möglichkeit haben, Abgeordnete zu treffen und ihnen Fragen zu stellen. Portugal wird sich insbesondere bei der kindgerechten Formulierung von Infobroschüren und Anschauungsmaterial

auf Portugiesisch einbringen. Die geographische Einschränkung auf Klassen in Maputo und Umgebung ergibt sich aus den mangelnden finanziellen Mitteln für den Transport und die Übernachtung von SchülerInnen aus weiter entfernten Provinzen. Bei einer Landesfläche von 799.380 km² und einer Nord-Süd Erstreckung von rd. 2.500 km sind Ausflüge in die im Süden situierte Hauptstadt des Landes für Schulklassen aus dem Norden derzeit unerschwinglich.

Ein zweites Ziel ist die Implementierung eines **Tages der offenen Tür im Mosambikanischen Parlament** bis 2016. Der Tag der offenen Tür soll es allen BürgerInnen ermöglichen, sich ein Bild von der Arbeit im Parlament zu machen und einen persönlichen Kontakt zu Abgeordneten aber auch MitarbeiterInnen

des Parlaments herstellen. Rein theoretisch gäbe es bereits jetzt die Möglichkeit, das Parlament während der Plenarsitzungszeiten zu besuchen. Davon machen jedoch nur sehr wenige Menschen Gebrauch, weil dies einerseits nicht sehr bekannt ist und auch die Art, wie sich das Parlament präsentiert - bewaffnete Türsteher, hohe Mauern und ein Tor – keine Einladung für die BürgerInnen darstellt. Herr Chemane hat aus diesem Grund drei Wochen in Österreich verbracht, um ganz konkret mitzuerleben, welche vorbereitenden Maßnahmen die KollegInnen hier treffen, um den Tag der offenen Tür erfolgreich zu gestalten und auch zu erfahren, was es bedeutet, ein Parlament für seine BürgerInnen so zu öffnen, dass diese sich wohlfühlen. Treffen mit den maßgeblichen Verantwortlichen in allen Bereichen, ein Führungskoaching sowie das Erleben des Tages der offenen Tür hinter den Kulissen am 26. Oktober standen auf dem Programm.

Basierend auf diesen Informationen konnte Herr Chemane bereits während seines Aufenthalts beginnen, ein Konzept für das mosambikanische Parlament zu entwerfen. In nächsten Schritten soll das Konzept vervollständigt und den Verantwortlichen im mosambikanischen Parlament vorgelegt werden.



V.l.n.r.
Jutta Kepplinger
(Projektleiterin Parlamentarischer NordSüdDialog)
Thomas Holzinger
(stvtr. Leiter der Abteilung Information und Öffentlichkeit
österreichisches Parlament)
Marlene Viegas
(Öffentlichkeitsabteilung portugiesisches Parlament)
Susanne Janistyn
(Parlamentsvizepräsidentin österreichisches Parlament)
Oriël Chemane
(stvtr. Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Leiter
des Bereichs Kommunikation, Image und Protokoll
mosambikanisches Parlament)
Rudolf Gollia
(Leiter der Abteilung Information und Öffentlichkeit
österreichisches Parlament)
Petra Rund
(Leiterin der Abteilung multilaterale Beziehungen und EZA
österreichisches Parlament)
Foto: Parlament

¹Quelle siehe Seite 12

Kommentar Oriel Chemane

Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im mosambikanischen Parlament*

Das On-the-job-Training im österreichischen Parlament ist für mich durchwegs positiv verlaufen und war für mein Wissen und in Bezug auf praktische Erfahrungen in der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit sehr bereichernd.

Es gab einige herausragende Aspekte. Einer davon ist sicherlich das Konzept des „Open House“, das das österreichische Parlament betreibt. Dieses hat eine ganz besondere Bedeutung für die Öffentlichkeit, aber auch für die Institution Parlament. Ich konnte die professionelle Organisation von Führungen für die breite Öffentlichkeit, aber auch für Schulklassen, inklusive aller Vor- und Nachbereitungsaufgaben miterleben. Dies beinhaltete auch eine Einsicht in die Didaktik der Vermittlung von Demokratie und des Demokratieverständnisses bei Kindern und Jugendlichen, die eine optimale Form des Kontakts mit Kindern und Jugendlichen gewährleistet.

Wichtig war für mich auch das Erleben des Zusammenspiels der beteiligten Abteilungen, inklusive des Besucherzentrums, der protokollarische Umgang der Präsidentschaftskanzlei mit dem Konzept des „Open House“ und der praktizierte partizipative Führungsstil, insbesondere beim Management von Projekten und Humanressourcen.

Als mögliche Szenarien der Umsetzung meiner Erfahrungen sehe ich nach diesem Training die Konzeption eines Tages der offenen Tür im mosambikanischen Parlament, mit dem Schwerpunkt auf Führungen für die allgemeine Öffentlichkeit und auf eine Demokratieausstellung für Kinder und Jugendliche. Dazu ist natürlich eine Anpassung an die Realität im mosambikanischen Parlament notwendig, insbesondere in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll. Es gilt, die Organisation von Führungen und die generelle Event-Organisation klar zu verbessern, sich abteilungsübergreifend verstärkt zu vernetzen und auch das Know-how der einzelnen MitarbeiterInnen zu erhöhen. Entsprechende Schulungen in Bezug auf konkrete Fragen der Organisation und der Umsetzung von Führungen sind notwendige Voraussetzungen – auch um Workshops zur Demokratie und einen Tag der offenen Tür zu einem regelmäßigen Event werden zu lassen.

Mit der Unterstützung, die uns im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs durch die KollegInnen vor allem aus Österreich, aber auch aus Portugal gewährt wird, bin ich jedoch zuversichtlich, diese Herausforderungen meistern zu können.

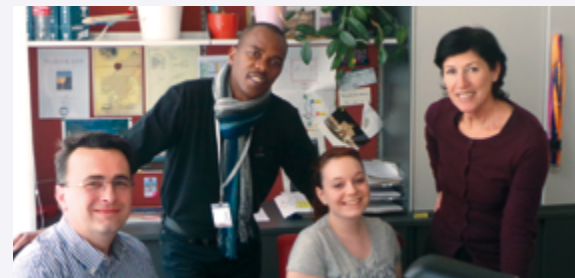
*Aus dem Portugiesischen übersetzt.



Mit NR Präsidentin Barbara Prammer beim Tag der offenen Tür im österr. Parlament am 26. Oktober. Rechts: Natalie Iwanowytch, stvtr. Leiterin der Abteilung Veranstaltungen und BesucherInnen.



Vorbereitungen am Tag der offenen Tür – BesucherInnengeschenke.



Oriel Chemane mit MitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsabteilung im österreichischen Parlament
Fotos: Oriel Chemane

Kurz notiert

Kommunalwahlen in Mosambik

Am 20. November 2013 fanden in Mosambik Wahlen in 53 „municipios“ (Kommunen) statt. Seit 1998 finden diese Wahlen alle fünf Jahre statt. Gewählt werden sowohl die Bürgermeister, als auch die Sitze in den Kommunalparlamenten. Die Wählerregistrierung wurde vom 25. Mai bis 23. Juli durchgeführt; 85 % der potentiellen WählerInnen ließen sich registrieren.

Insgesamt wurden KandidatInnen von 12 politischen Parteien, einer Koalition und fünf Bürgerbewegungen von der Nationalen Wahlkommission zugelassen. Die größte Oppositionspartei des Landes, RENAMO, verweigert seit 2012 die Beteiligung an den Wahlen, solange das Wahlgesetz nicht in dem Sinne geändert wird, dass die Partei ein Veto-Recht innerhalb des Wahlprozesses erhält. Dieser Boykott hat in der Registrierungsphase zu mehreren Zwischenfällen geführt. Auch während der Kampagnenphase vom 5. bis 17. November, am Wahltag und bei der Auszählung

kam es zu Verhaftungen und teils tödlichen Gewaltausbrüchen.

Vorläufige Ergebnisse der Wahlen zeichnen einen Gewinn für die Regierungspartei FRELIMO, jedoch mit teils sehr knappem Vorsprung zur Oppositionspartei MDM (bspw. in der Hauptstadt Maputo). Deren Spitzenkandidat konnte die zweitgrößte Stadt Beira erneut für sich entscheiden. Wegen Unregelmäßigkeiten und Verfahrensfehler muss die Wahl in mindestens einer Stadt, Nampula, wiederholt werden.

Quelle: Mozambique political process bulletin; published by CIP, Centro de Integridade Pública and AWEPA

Land Grabbing in Mosambik – Hunger auf dem Holzweg

Holzplantagen für Biomasseenergie sind weltweit ein stark boomender Sektor. Dieser Trend bedeutet zusätzlichen Druck auf Land und Ernährungssicherheit in den ärmsten Ländern und Gemeinschaften der Welt.

Gastbeitrag von Brigitte Reisenberger, FIAN Österreich



Kiefern-Plantage
von Chikweti
Forests of Niassa

Zwischen 2004 und 2009 wurden laut Weltbank¹ in Mosambik 2,7 Millionen Hektar Land vergeben. Ausländische Unternehmen investierten zu 73 % in die Holzwirtschaft. Niassa, eine Provinz im Norden des Landes, ist besonders betroffen. Dort haben sich sechs Firmen ein Gebiet von 550.000 Hektar Land gesichert. Eine dieser Firmen ist **Chikweti Forests of Niassa**, eine Tochter des schwedischen **Global Solidarity Forest Fund (GSFF)**. Der Investment Fonds wurde 2006 von der schwedischen Diözese Västerås und der nationalen norwegischen Kirchenstiftung (OVF) gegründet. Der größte Teilhaber des GSFF ist der niederländische Pensionsfonds ABP. **Chikweti Forests of Niassa** ist die älteste und größte Investition des GSFF und umfasst 140.000 Hektar in Niassa. Auf 68.500 Hektar davon sollen schnellwachsende Bäume gepflanzt werden. Chikweti begann 2005 mit seinen Arbeiten und hat mittlerweile rund

Frauen beim täglichen Holzholen
Fotos: S4S FILMS



45.000 Hektar Land in den Distrikten Lago, Lichinga und Sanga aufgekauft. 13.000 Hektar wurden bereits mit Eukalyptus und Kiefern bepflanzt. Der ursprüngliche Wald musste den Holzplantagen Platz machen. Chikwetis Aktivitäten haben gravierende Auswirkungen auf die bäuerlichen Gemeinschaften in der Region, die zum Großteil familiäre Landwirtschaft betreiben. Viele haben den Zugang zu ihrem Ackerland verloren. „*Es betrifft jeden, aber vor allem Frauen*“, berichtet Rita João Rezuane, eine Repräsentantin der Bauern.

„Die Frauen erfüllen alle Arbeiten im Haushalt und auf den Feldern, sie sind verantwortlich für die Versorgung des Wassers und das Kochen. Die Plantagen sind von Zäunen umgeben und die Frauen müssen komplett um sie herum laufen, damit sie Feuerholz und Wasser sammeln können. Sie müssen viel größere Distanzen zurücklegen.“

Das Land, auf dem das Unternehmen operiert, wurde von der Regierung für die Dauer von 50 Jahren verpachtet, mit einer Verlängerungsoption für weitere 50 Jahre. Chikweti versicherte, nur ungenutzte und weniger produktive Flächen zu bewirtschaften. Gemeindemitglieder beklagen jedoch, dass das Unternehmen hochproduktive

landwirtschaftliche Flächen bepflanzt hat, die zuvor für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wurden. In einigen Fällen fühlen sich die Menschen dazu gedrängt, ihr Land zu verlassen, da die Plantagen so nahe an ihren Feldern und Häusern liegen oder die Felder gar völlig von den Plantagen eingeschlossen sind. Die Gemeinschaften behaupten, dass sie zwar einige ihrer Ländereien an das Unternehmen gaben, die Plantagen jedoch später über dieses Areal hinaus ausgebreitet wurden. Als Konsequenz kam es zu offenen Konflikten, wie im April 2011 in Licole und Lipende, wo Bauern und Bäuerinnen aus Wut und Verzweiflung etwa 60.000 Kiefern fällten und Gerätschaften zerstörten.

Chikweti versprach neue Jobs, aber diese sind rar, unsicher und schlecht bezahlt. Die Arbeit auf den Plantagen bietet daher keine alternative Einkommensquelle. Des Weiteren werden die Baumpflanzungen zu Wasserverknappung führen. Die großflächige Plantagenwirtschaft in Niassa führt zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung und des Rechts auf Wasser. Eine Untersuchung der Regierung von Mosambik aus dem Jahr 2010 bestätigte die Beschwerden der Bevölkerung. Es wurden dennoch keine angemessenen Maßnahmen getroffen. Unter internationalen Menschenrechtsabkommen muss der Staat Mosambik die Rechte der ländlichen Bevölkerung respektieren und schützen, besonders indem er nachhaltige Lebensmittelsysteme fördert, die unter der Kontrolle der Kleinbauern und -bäuerinnen stehen, um die Erfüllung des Rechts auf Nahrung zu gewährleisten.

¹ Deiningner, Klaus/Byerlee, Derek, 2011, Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?, World Bank, New York, p. xxxii; table p. xxxiii (http://siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW_Sept17_final_final.pdf, accessed on July 6, 2012)

Das Unternehmen gibt zwar an, sämtliche Produktion lokal und regional verkaufen zu wollen, aber mosambikanische Organisationen wie **Justiça Ambiental** und der **Bauernverband UNAC** gehen davon aus, dass das Projekt mittel- bis langfristig auch Rohmaterial nach Europa liefern wird. Mehr

und mehr europäische Regierungen schmieden Plänen für den Ausbau von Biomassekraftwerken zur Elektrizitätsgewinnung. Das beflügelt die Nachfrage nach Holzschnitzel und Holzpellets. Es ist davon auszugehen, dass europäische Länder in Zukunft vermehrt auf Flächen im globalen Süden zusteuern wer-

den, um ihr Biomassedefizit auszugleichen. Die Bioökonomie wird in Europa als ein Schlüsselement für intelligentes und grünes Wachstum propagiert. Das Problem dabei ist, dass die Umsetzung auf dem Rücken der Ärmsten durchgeführt wird, denn die Grundlage der Bioökonomie ist Ackerland.

Weiterführende Links und Berichte auf www.fian.at/niassa, Filmtipp Seeds of Discontent www.seedsofdiscontent.net

Nachhaltige Agrar-Investitionen in Afrika – Chancen und Risiken

Parlamentarisches Meeting am 8. und 9. November in Malabo, Äquatorial-Guinea

Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor MDGs (Millennium Development Goals)

Seit 2008 gab es in vielen afrikanischen Ländern eine Welle von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und natürliche Ressourcen. Diese Thematik wurde von vielen internationalen NGOs und auch von Seiten internationaler Organisationen unter dem Begriff des „**Land-Grabbing**“ diskutiert. Die vier Top-Länder in Bezug auf Land-Grabbing ausländischer Investoren sind laut einem Weltbank-Report der Sudan mit 4 Mio. Hektar, Mozambique mit 2,7 Mio. Hektar (vgl. Artikel Seite 6), Liberia mit 1,6 Mio. Hektar und Äthiopien mit 1,3 Mio. Hektar. Für den gesamten Kontinent Afrika wird angenommen, dass in den letzten 10 Jahren etwa 134 Mio. Hektar veräußert wurden, eine Fläche größer als Südafrika.

Hauptursache dieser Investitionen ist die steigende globale Nachfrage nach **Lebensmitteln und Agrotreibstoffen** mit massiven Auswirkungen auf lokale Communities, Umwelt- und Wasserressourcen. Oftmals führen diese Investitionen zu einer **Verschlechterung der Lebensbedingungen für die autochthone Bevölkerung in den ländlichen Gebieten**, zumeist Kleinbäuerinnen und -bauern.

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) mit dem panafrikanischen Parlament und mit Unterstützung von AWEPA fand in Malabo, der Hauptstadt von Äquatorial-Guinea, vom 8. bis zum 9. November der dritte Regional-Workshop zu diesem Thema statt (vorherige Veranstaltungen in Benin 2012 und in Ruanda im Frühjahr 2013). Ziel des Workshops war es, einen Aktionsplan für ParlamentarierInnen zu erarbeiten, der sicherstellen soll, dass Auslands-Investitionen einen echten wirtschaftlichen Nutzen für die ländlichen Regionen bringen, inklusive Stärkung der Landrechte, der Lebensmittelsicherheit und der Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein hochkarätiges ExpertInnen-Team von der University of Pretoria und von international tätigen NGOs wie dem Institut for Sustainable Development (IISD) oder dem Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies (PLAAS), sowie Fachleuten aus afrikanischen Entwicklungseinrichtungen gaben Einblick in die aktuelle Situation vor Ort. Positiv hervorzuheben ist auch die Einbindung der Bauernorganisation PROPAC (Plateforme Regionale des



Organisations Paysannes d'Afrique Centrale).

Am Ende der Tagung wurde eine **gemeinsame Deklaration** verabschiedet. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die Abgeordneten sich dafür einsetzen, dass **Gesetzesregelungen für ausländische Direktinvestitionen implementiert werden**, die Land, Wasser und andere natürlichen Ressourcen umfassen und die dafür sorgen, dass die **Investoren einen Beitrag für die lokale Ökonomie, die Armutsreduktion und die Beschäftigung leisten**. Übereinstimmung gab es in dem Punkt, dass die lokalen Communities vor der jeweiligen Investition umfassend informiert werden und dieser letztlich auch zustimmen müssen.

Wolfgang Pirkhuber referiert über notwendige legislative Maßnahmen in Bezug auf die Auswirkungen von Agrarinvestitionen in Afrika.

Foto:
Wolfgang Pirkhuber

Bekräftigt wurde auch die **Maputo Deklaration aus dem Jahr 2003**, in der es darum geht, dass mindestens 10 % des nationalen Budgets für die Entwicklung der Landwirtschaft reserviert werden. Höchstmögliche Transparenz, beispielsweise im Hinblick auf die Verträge, und

ein umfassendes Monitoring sollen garantieren, dass legislative Maßnahmen auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. Auch in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und bei privaten Investitionen europäischer Konzerne, Fonds und Projekte muss es

darum gehen, diese Leitlinien selbstverständlich und vorab umzusetzen. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung können die Potentiale der ländlichen Regionen Afrikas gehoben und das **Millennium-Development-Goal 1 – die Halbierung des Hungers** – erreicht werden.

Frauenhandel und Zwangsprostitution

Notwendige Maßnahmen der Bewusstseinsbildung in Bezug auf die Verantwortung und Rolle der Kunden

Gastbeitrag von Nadja Schuster, VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation)

Der Handel mit der „Ware“ Mensch zählt neben dem Drogen- und Waffenhandel zum lukrativsten kriminellen Geschäft. Die Zahl der Opfer von Zwangsarbeit, einschließlich erzwungener sexueller Ausbeutung, belief sich nach den Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation vom Juni 2012 im Zeitraum 2002 - 2011 weltweit auf 20,9 Millionen. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist nach wie vor die häufigste Form von Menschenhandel in der EU, wie die heuer erschienene Eurostat-Datenerhebung für die Jahre 2008-2010 zeigt.

sucht neue Entwicklungen und Trends. Ein Thema mit dem sich das VIDC erst unlängst im Rahmen der Konferenz „Gemeinsam gegen Menschenhandel“ der österreichischen Task Force Menschenhandel am 21. Oktober 2013 auseinandersetzt hat ist die Rolle der Kunden sexueller Dienstleistungen.

Für die Bekämpfung von Menschenhandel in seiner Komplexität und Multidimensionalität bedarf es eines ganzheitlichen und multidisziplinären Ansatzes. Auf nationalstaatlicher Ebene bedeutet die Anwendung dieses Ansatzes enge Kooperation zwischen allen Akteuren – nationale KoordinatorInnen, Task Force, Polizei, Justiz, Opferschutz-einrichtungen, zivilgesellschaftliche Akteure, SozialarbeiterInnen usw. Neben dem 4P-Ansatz unterscheidet man zwischen der Angebots- und Nachfrageseite im Kontext von Menschenhandel. Der Nachfrageseite wurde erst in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit zuteil. Damit sind Unternehmen, ArbeitgeberInnen und Einzelpersonen gemeint, die nach billigen, unregulierten und flexiblen Arbeitskräften suchen und somit das Angebot beeinflussen.

Die Identifizierung der Nachfrage nach Zwangsprostitution per se ist eine sehr schwierige Aufgabe. Dabei stellt sich

die Frage worin die Nachfrage besteht: nach „exotischen, sexuellen Dienstleistungen“ (Di Nicola u.a. 2009), nach niedrigen Preisen oder der Möglichkeit, Frauen mit geringem sozialen Status, die ihre Rechte nicht durchsetzen können, auszubeuten (O’Connell Davidson & Anderson 2003)?

Die Vergleichsstudie „Prostitution and Human Trafficking“ (Di Nicola u.a. 2009), die vier Länder umfasst (Italien, Schweden, Niederlande und Rumänien), beleuchtet die Rolle der Klienten. Die Kunden sexueller Dienstleistungen kommen aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten, sind verheiratet oder ledig und verwenden meistens Kondome. Ein verbindendes Merkmal ist, dass alle entweder einem biologischen und/oder sozialen Druck ausgesetzt sind. Die Gründe für die Inanspruchnahme von sexuellen Dienstleistungen liegen in deren Frustration über das Aufkommen der Emanzipation in westeuropäischen Ländern und in dem Wunsch, Dominanz auszuüben bzw. eine sozial konstruierte Form von Männlichkeit zu erfüllen. Andere Motivationsgründe sind „billiger Sex“ und Exotik („Ethno-Sexualisierung“), aus denen sich die Bevorzugung von osteuropäischen und anderen ausländischen Frauen ableiten lassen.



© Stop the traffic

Der Großteil der Opfer stammt aus Rumänien, Bulgarien, Polen und Ungarn. Um diesem internationalen Menschenrechtsverbrechen entgegen zu wirken wurde ein 4P-Ansatz entwickelt: Prevention, Protection, Prosecution, Partnership. Das VIDC ist vorwiegend im Bereich der Prävention tätig und unter-

Überraschend ist, dass diese Studie als auch andere zu dem Ergebnis kommen, dass nur wenige Kunden, die wissend sexuelle Dienstleistungen von Frauenhandelsopfern in Anspruch nehmen, sich verpflichtet fühlen, dagegen etwas zu unternehmen. Hier kann ein Zusammenhang hergestellt werden zu den fehlenden sozialen Kontrollmechanismen vonseiten der Freier-Gemeinschaft und des männlichen Freundeskreises. Weiters wurde festgestellt, dass Männer, weitgehend unbeeinflusst von den unterschiedlichen Regulierungsmodellen von Prostitution bzw. von der Gefahr sanktioniert zu werden, sexuelle Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Aufgrund dessen ist es an der Zeit, die Kunden sexueller Dienstleistungen zur Verantwortung zu ziehen, ohne sie kriminalisieren zu wollen, wie es das

seit 1999 gültige Prostitutionsgesetz in Schweden vorsieht. Wenn man berücksichtigt, dass durchschnittlich 20% der Männer regelmäßig für Sex zahlen, könnte ihr Engagement entscheidend zum Kampf gegen Frauenhandel beitragen. Eine breit angelegte Kampagne zur Bewusstseinsbildung der Kunden und der Zivilgesellschaft, die von der Task Force Menschenhandel, dem Parlament, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft in Kooperation durchgeführt wird, wäre ein erster großer, entscheidender Schritt, der das Thema Zwangsprostitution auch aus der moralischen Debatte heraus führen würde.

Darüber hinaus sollten bestehende Geschlechterverhältnisse sowie der Umgang mit Sexualität hinterfragt werden. Sexualunterricht an Schulen und Gendersensibilisierungsprogramme, die

Buben und Männer inkludieren, leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit und sollten deshalb verstärkt Anwendung finden. Verhaltens- und Einstellungsveränderungen, die durch innere Überzeugung herbei geführt werden sind nachhaltiger und zielführender als der Versuch, Geschlechterhierarchien per Gesetz, durch die Abschaffung der Prostitution – wie von Alice Schwarzer in einem aktuellen Appell an die deutsche Bundesregierung gefordert – zu implementieren.

Referenzen:

Di Nicola, A.; Cauduro, A.; Lombardi, M.; Ruspini, P. (Eds.): Prostitution and Human Trafficking. Focus on Clients, Springer, 2009.
Anderson, B.; O'Connell Davidson, J.: Is Trafficking in Human Beings Demand Driven? A Multi-Country Pilot Study, IOM, 2003.
EUROSTAT, Trafficking in human beings, 2013.
ILO Global Estimate of Forced Labour 2012: Results and Methodology.

Konferenz zur Eliminierung der weiblichen Genitalverstümmelung

22. bis 25 Oktober in Rom

Beitrag von Petra Bayr, AWEPA Senior Parliamentary Advisor FGM (Female Genitale Mutilation)

UNFPA und UNICEF haben seit einigen Jahren ein gemeinsames Programm gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM; Female Genitale Mutilation) in Afrika. Mit Jänner 2014 soll es in die zweite Phase gehen. Ziel ist es, in jenen 29 Ländern Afrikas, in denen FGM betrieben wird, Aufklärungsarbeit zu leisten, damit ein Stopp dieser etwa 5.000 Jahre alten patriarchalen „Tradition“ von lokalen Gemeinschaften und Familien mitgetragen wird. FGM ist nicht nur eine extreme Gefährdung der Gesundheit der Frau - FGM ist eine schwere Menschenrechtsverletzung.

Die körperliche Integrität der Mädchen und Frauen wird verletzt, eine selbstbestimmte und lustvolle Sexualität verunmöglicht und die Abhängigkeit der

Frauen von ihren Männern perpetuiert. AWEPA ist Partnerin des Programmes. Als Senior Parliamentary Advisor und seit langem in diesem Thema engagierte Parlamentarierin, war die Vorsitzende der AWEPA Sektion Österreich, Abg. Petra Bayr, auf die Konferenz in Rom eingeladen. Ziel war es, über die erste Phase des Programmes Resümee zu ziehen und sich für die kommenden Aufgaben zu rüsten.

Abg. Bayr wies namens AWEPA auf die wichtige Rolle hin, die Parlamente im Kampf gegen FGM spielen und es ist gelungen, ParlamentarierInnen als wichtige PartnerInnen für betroffene Frauen, die aktive Zivilgesellschaft und internationale Organisationen bei der Arbeit gegen diese Menschenrechtsver-



Abg. Petra Bayr mit Kolleginnen auf der Konferenz
Foto: Petra Bayr

letzung zu etablieren. Die Rolle von Parlamenten geht dabei weit über eine adäquate Gesetzgebung hinaus.

AWEPA Sektion Österreich

Aktivitäten in der Sitzungsperiode 2012/13

Thematischer Fokus

- Landwirtschaft und Ernährungssicherheit
- Geschlechtergerechtigkeit und Stärkung der Frau im Parlament
- Der Privatsektor in der Entwicklungszusammenarbeit
- Politische Kohärenz im Interesse der Entwicklung

Aktivitäten

26. - 29.9.2012 Teilnahme der beiden AWEPA Senior Parliamentary Advisors für FGM und MDG, Petra Bayr und Wolfgang Pirkhuber, beim **AWEPA Governing Council** und der anschließenden Fachtagung „**Managing Africa's Natural Resources Towards Achieving the MDGs**“
- 9.10.2012 Sitzung der AWEPA Sektion Österreich mit Festlegung von Themen und Terminen für die Sitzungsperiode
- 11.10.2012 Die beiden **AWEPA Vorsitzenden Petra Bayr und Franz Glaser treffen den mosambikanischen Vize-Außenminister Henrique Banze**, der im Rahmen einer ADA Veranstaltung zu „Change and Challenges for Development Cooperation“ im österreichischen Parlament weilte.
- 15.10.2012 **Runder Tisch** (in Kooperation mit der AG Globale Verantwortung) zum Thema „**Die Rolle des Privatsektors in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe**“
- November 2012 Mitgliederbefragung zu Themen, die die AWEPA Sektion Österreich bevorzugt behandeln sollte
- 4.12.2012 Sitzung der AWEPA Sektion Österreich – Vorstellung der Befragungsergebnisse und Festlegung der Schwerpunktthemen
- 29.1.2013 **Follow-up zum Runden Tisch zur „Armutsbekämpfung – Rolle des Privatsektors im Rahmen der EZA“** vom 15. Oktober – vertiefender Dialog mit relevanten Stakeholdern
18. - 20.2.2013 Teilnahme von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor MDGs, bei der **regionalen Konferenz zu Fragen der Entwicklung in der Region rund um den Tschad See** in N'Djamena
- 26.2.2013 Anlässlich des **Internationalen Frauentags** tragen die AWEPA Vorsitzende Petra Bayr und das AWEPA Mitglied Silvia Fuhrmann über die **Eindrücke und Ergebnisse ihrer Studienreise mit dem EPF** (European Parliamentary Forum on Population and Development) nach Swasiland und Südafrika vor.
- 26.2.2013 Sitzung der AWEPA Sektion Österreich
- 20.3.2013 **FAIRTRADE-Ausstellung im Parlament**
- 16.5.2013 Sitzung der AWEPA Sektion Österreich
- 11.6.2013 AWEPA Sektion Österreich Veranstaltung „**Women Empowerment in Parlamenten in Afrika**“ im österreichischen Parlament
26. - 28.6.2013 Teilnahme von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor für MDGs, am **“MDG programme steering committee meeting and mid-term review in Dublin”**, Irland

Newsletter

Der elektronische Newsletter der Sektion wurde in regelmäßigen Abständen an die Mitglieder ausgesandt und enthielt Informationen über die aktuellen Aktivitäten der Sektion, AWEPA International sowie relevanten entwicklungspolitischen Themen und Ereignissen.



AWEPA arbeitet in Kooperation mit afrikanischen Parlamenten um die parlamentarische Demokratie in Afrika zu stärken, um Afrika auf der politische Agenda in Europa präsent zu halten, und um den afrikanisch-europäischen parlamentarischen Dialog zu fördern.



ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

MOSAMBIK – PARTNERLAND DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND DES PARLAMENTARISCHEN NORDSÜDDIALOGS



Amtssprache: Portugiesisch
Regierungssystem: Präsidentsystem
(Staatsoberhaupt seit 2005 ist Armando Guebuza, FRELIMO)

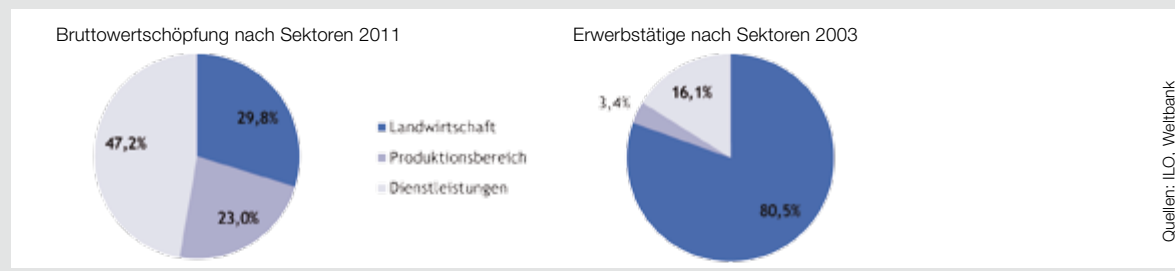
Fläche: ca. 800.000 km²
Einwohner: ca. 22 Millionen (2011)
Währung: Metical
Hauptstadt: Maputo

Mosambik liegt in Südafrika und wurde 1975 von Portugal unabhängig (25. Juni, Tag der Unabhängigkeit = Nationalfeiertag). 1976 verfiel das Land in einen 16-jährigen Bürgerkrieg zwischen FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique) und RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana) – beide sind heute Regierungs- bzw. Oppositionspartei. Erst seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 1992 erholt sich das Land langsam vom völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch während des Kriegs. Die ersten demokratischen Wahlen wurden im Oktober 1994 gehalten; aus ihr ging die FRELIMO als Siegerin hervor – bis heute stellt die Partei durchgehend den Präsidenten sowie die Mehrheit im Parlament (aktuell 191 von 250 Sitzen).

Mosambik gehört mit einem durchschnittlichen Nationaleinkommen pro Kopf von 460 USD und einem HDI (Human Development Index) von 0,322 zu den ärmsten Ländern der Welt. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt wird mit 50,2 Jahren (2011) angegeben. 43 % der Bevölkerung sind unter

15 Jahre alt. Die Anzahl der Kinder pro Frau beträgt 4,8. Tendenz fallend. Etwa die Hälfte der Erwachsenen kann nicht Lesen und Schreiben. Seit dem Ende des Krieges 1992 hat Mosambik große Anstrengungen in der Primarbildung unternommen. Mittlerweile beträgt die Schulbesuchsrate in der Grundschule an die 90 % (Abschlussrate 56,2 %). Die hohen Wirtschaftswachstumsraten der vergangenen Jahre geben Hoffnung.

In Mosambik herrscht ein Savannenklima mit einer Trockenzeit von Mai bis Oktober und einer Regenzeit von November bis April vor. In dieser fallen rund 80 % der Jahresniederschläge, die teils auch ungewöhnlich hoch sein können. Das Auftreten extremer Wetterereignisse (insbesondere Überschwemmungen, Dürren und tropische Zyklone) führt regelmäßig zu Katastrophen (z.B. Flut 2007/08) und erschwert die Entwicklung des Landes massiv, denn Mosambiks Wirtschaft basiert vorwiegend auf der Landwirtschaft.



Lebensbedingungen	Einheit	2000	2005	2009	2010	2011
Bruttonationaleinkommen (Atlas-Methode)	USD je Einwohner	230	290	430	440	460
Human Development Index (HDI)	Index ¹	0,247	0,287	0,312	0,318	0,322
Zugang zu sauberem Wasser	% der Gesamtbev.	41,1	43,8	47,0	47,0	.
Zugang zu Sanitäranlagen	% der Gesamtbev.	14,1	16,3	17,0	18,0	.

Quellen: UNDP, Weltbank

¹ 1 = sehr hohe menschliche Entwicklung
0 = sehr geringe menschliche Entwicklung

